STADT NORDEN

Sitzungsvorlage

Beschluss-Nr: 1085/2024/3.1	Status öffentlich	Datum 28.02.2024	Wahlperiode 2021 - 2026
<u>Tagesordnungspunkt:</u> Bebauungsplan Nr. 41a - 2. Änderung Gewerbegebiet "Leegemoor": Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschluss			
<u>Beratungsfolge:</u>			
09.04.2024	Bau- und Sanierungsausschuss		öffentlich
17.04.2024	Verwaltungsausschuss		nicht öffentlich
23.04.2024	Rat der Stadt Norden		öffentlich
<u>Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:</u> Männel, 3.1		<u>Organisationseinheit:</u> Stadtentwicklung	

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Norden beschließt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 41a – 2. Änderung entsprechend der beigefügten Unterlagen.
2. Der Geltungsbereich des Entwurfes entspricht dem Ursprungsplan B-Plan Nr. 41a und ist auch aus der Anlage „Geltungsbereich“ ersichtlich.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Sach- und Rechtslage:

1. Kurzfassung

Der Verwaltungsausschuss hat am 28.06.2023 die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 41a beschlossen. Hauptziel der Aufstellung ist, Teile der festgesetzten Grünflächen zusätzlich als Retentionsflächen für die steigenden Anforderungen an die Oberflächenentwässerung zu nutzen. Bisher waren im Grünordnungsplan diese für Kompensationsmaßnahmen festgelegt. Die Kompensation soll verlegt werden, und im Kompensationspool „Arler Hammrich“ der Niedersächsischen Landgesellschaft (NLG) stattfinden.

Ursprünglich war eine rein textliche Änderung vorgesehen. Um dem Regelungsbedarf gerecht zu werden, wurden jedoch auch einige zeichnerische Festsetzungen vorgenommen, etwa die Umwandlung von Flächen für die Anpflanzungen von Bäumen und Sträuchern in Flächen zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern, da diese Anpflanzungen bereits seit längerem umgesetzt sind.

Alle Festsetzungen und deren Erklärung sind der Planzeichnung sowie der Begründung zu entnehmen.

Die zeichnerischen Festsetzungen sind grün, die textlichen Festsetzungen und Hinweise rot. Nur dies stellt die 2. Änderung des Bebauungsplanes dar. Alle schwarzen/grauen zeichnerischen und textlichen Festsetzungen spiegeln lediglich den rechtsverbindlichen ursprünglichen B-Plan Nr. 41a wider.

Für den Bebauungsplan Nr. 41a – 2. Änderung soll nun die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB erfolgen.

2. Aufgabe

2.1 Gegenwärtige Position

Entwurfs- und Auslegungsbeschluss sind für das weitere Vorgehen erforderlich.

2.2 Grund oder Anlass für Entscheidungs- und Handlungsbedarf

Das Aufstellungsverfahren soll fortgeführt werden.

2.3 Darüber soll entschieden werden

Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

2.4 Handelt es sich um eine freiwillige Maßnahme

Ja

3. Ziele und Rahmenbedingungen

3.1 Ziele

Anpassung des B-Planes hinsichtlich erhöhter Anforderungen an die Oberflächenentwässerung.

3.2 Ggf. Rahmenbedingungen

-

4. Lösungen

4.1 Lösungen und Alternativen

-

4.2 Ggf. Belege, Zahlen, Fakten (Finanzielle/Personelle Auswirkungen/Folgekosten)

-

5. Vorschlag

5.1 Favorisierte Lösungen

Beschluss wie dargestellt.

5.2 Wichtige Gründe dafür

Siehe Erläuterung

5.3 Gründe dagegen

-

5.4 Ggf. Chancen und Risiken

-

6. Umsetzung

6.1 Nächste Schritte

Nach Beschluss Fortführung des Verfahrens.

6.2 Maßnahmen, um Entscheidung abzusichern

-